

MINISTER

SCHRÖDER

Quittung vorhanden

Siebzehn Jahre lang schwiag Doktor Gerhard Schröder hochmütig. Erst im letzten Januar, als Eugen Gerstenmaier bei der Vergangenheits-Bewältigung ausrutschte, ließ sich der CDU-Kandidat für die Bundespräsidentschaft zur Abwehr der Vorwürfe herab, er führe seinen Dokortitel zu Unrecht und habe in einer Dissertation den Nationalsozialismus verherrlicht.

Schröder gab dem Pressesprecher seiner Partei, Dr. Arthur Rathke, ein Schröder-Dossier an die Hand, mit dem künftig alle Attacken abgeschlagen werden sollen.

Kurz zuvor hatte das West-Berliner Apo-Organ „Extra-Dienst“ aus der Doktorarbeit von Gerhard Schröder zitiert: „Der Kampf um die Erneuerung unserer Wissenschaft geht darum, die sogenannte ‚objektive voraussetzungslose Wissenschaftsauffassung‘ zu überwinden und an ihre Stelle eine Wissenschaft zu setzen, die genauso wie alle anderen Lebensäußerungen im völkisch-politischen Grund unserer Rasse wurzelt und aus den Werken unserer nationalsozialistischen Weltanschauung auch ihre eigenen Werte und Maßstäbe schöpft.“

Auf ähnliche Veröffentlichungen hatte Schröder bis dahin nie reagiert, obwohl sie ständig wiederkehrten. Beispiele:

- ▷ 1952 schrieb ihm die linksstehende Kölner „Parlamentarische Wochenschau“ NS-Lobhudelei zu;
- ▷ 1957 hielt ihm die „Bonner Korrespondenz“ NS-Tiraden vor;
- ▷ 1963 sagte ihm der Karlsruher Publizist Wolfgang Koppel in seiner Dokumentation über 1384 NS-Juristen (Titel: „Justiz im Zwielficht“) Verherrlichung des Dritten Reiches nach;
- ▷ 1965 stellte ihm die Bonner „Politische Korrespondenz“, 1966 der wegen politischer Differenzen mit dem damaligen Außenminister Schröder aus dem AA-Dienst entlassene Hans Graf Huyn (in seinem Buch: „Die Sackgasse“) die Frage: „Führt Schröder zu Recht seinen Dokortitel?“

Der Angegriffene rührte sich erst, als nach der „Extra-Dienst“-Veröffentlichung Bonner Journalisten wieder mit Recherchen nach Schröders Dissertation und seinem Verhalten im Dritten Reich begannen. Da zum erstenmal in seiner Karriere die Berufung in ein neues Staatsamt nicht von den Stimmen der Christenunion allein abhängt, wollte Schröder jede abträgliche Erörterung seiner Person vermeiden.

Parteisprecher Rathke steht nun mit Papieren bereit, die beweisen sollen, daß Schröder ordnungsgemäß promoviert und die ihm zugeschriebenen

NS-Sprüche nicht verfaßt hat. Freilich: Seine Doktorarbeit kann der Verteidigungsminister nicht vorweisen, sie ist auch in keinem Dissertationsverzeichnis der deutschen Universitäten registriert.

Aktenkundig ist aber, daß die juristische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn Gerhard Schröder am 2. Juni 1934 rechtswirksam den juristischen Dokortitel verliehen hat. Ein Vermerk darüber findet sich in der Promotionsakte der Bonner Universität.

Die schriftliche Doktorarbeit Schröders über das Thema „Die außerordentliche Auflösung von Tarifverträgen“ war 1933 von seinen Doktorvätern, den Professoren Heinrich Göppert (einem vormaligen Unterstaatssekretär im Preußischen Handelsministerium) und Karl August Eckhardt mit dem Prädikat „sehr gut“ bewertet worden. Am 26. Juli 1933 hat Doktorand Schröder seine Dissertation — ge-



Student Schröder (M.)
Doktorarbeit verschollen

gen eine noch vorhandene Quittung — von der Universität zurückerhalten.

Ein knappes Jahr später teilten ihm die Universitätsbehörden mit, daß ihn der Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung von der allgemeinen Pflicht, die Dissertation drucken zu lassen, befreit habe. Grund: Schröders vor der NS-Machtergreifung abgefaßte Schrift über das Arbeitsrecht war durch das inzwischen erlassene Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit völlig überholt.

Doktorvater Göppert damals: „In vorliegender Gestalt gedruckt, würde sie, wie ein großer Teil der arbeitsrechtlichen Literatur, nur Makulatur sein.“

Aufgrund der ministeriellen Ausnahme-Regelung ist Schröders Makulatur heute in keiner Universität zu finden. Das zurückerhaltene Exemplar und seine übrigen Dissertations-Aufzeichnungen verlor Schröder — nach eigenem Bekunden — im November 1943, als sowohl sein (verwaistes) An-

waltsbüro wie auch seine Wohnung in Berlin ausgebombt wurden.

Leichter fiel Dr. Gerhard Schröder der Nachweis, daß alle ihm zugeschriebenen NS-Zitate nicht von ihm, sondern von einem anderen Dr. Gerhard Schröder stammen; dem am 12. Juli 1944 in der Normandie gefallenen Dr. phil. Gerhard Schröder, der vor seinem Fronteinsatz Geschäftsführer und stellvertretender Präsident des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands war. Dieser Dr. Gerhard Schröder hatte sich unter anderem in dem NS-Pressedienst „Wissen und Dienst — Die Deutsche Studentenschaft“ und in den „Süddeutschen Monatsheften“ verbreitet.

Einmal beim Aufklären, bereicherte Minister Schröder das Dossier für Rathke gleich noch um ein drittes Thema: sein allgemeines politisches Verhalten im Dritten Reich. Den Präsidentschaftskandidaten störte die Debatte darüber, wie wohl das Ausland reagieren könnte, wenn nach der Wahl des indirekt an KZ-Bauten beteiligten Heinrich Lübke zum Bundespräsidenten und nach der Wahl des NSDAP-Mitgliedes Kurt Georg Kiesinger zum Kanzler nun der NSDAP-Angehörige und SA-Anwärter Gerhard Schröder Staatsoberhaupt würde.

Kandidat Schröder gibt in seinem politischen Lebenslauf zu, am 1. Mai 1933 als Assistent der Bonner Universität der NSDAP unter Mitgliedsnummer 2177050 beigetreten zu sein (Schröder zu dem US-Magazin „Newsweek“: „Ich wußte, daß ich nichts werden konnte... ohne in der Partei zu sein“). Auch dem NS-Rechtswahrbund gehörte er an (Mitgliedsnummer: 013115).

Über seine SA-Anwartschaft führt er aus, er sei im Winter 1933/34 wie viele Studenten und Referendare genötigt worden, sich um Aufnahme zu bewerben. Jedoch habe er sich der SA-Mitgliedschaft durch seinen Umzug nach Berlin entziehen können und sei später „wegen Interesselosigkeit“ aus der Anwärter-Liste gestrichen worden.

In Berlin sei er als Assessor in die Kanzlei der Anwälte Dr. Walther Schmidt, Dr. Wilhelm Beutner (die beide mit Jüdinnen verheiratet waren), Dr. Friedrich Kempner, Dr. Heinz Pinner (die beide Juden waren und emigrierten) und Dr. Joachim Beutner eingetreten.

1941 heiratete Gerhard Schröder die nach NS-Gesetzen nicht rein arische Bankier-Tochter Brigitte Landsberg. Die Genehmigung zu dieser Eheschließung erhielt der mittlerweile eingezogene Jurist vom Oberkommando des Heeres mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß er nicht Vorgesetzter werden könne. So blieb Schröder bis Kriegsende Obergereiter.

Sein Lebensweg ist aktenkundig, aber was wirklich in der Doktorarbeit stand, weiß nur der Verfasser. Gelegentlich spricht er sogar darüber: Im Freundeskreis rühmt sich Schröder, daß „meine Thesen noch heute geltende Lehrmeinungen sind“.